

UMWELT

Straßenlaternen sollen billiger und klimafreundlicher werden

Montag, 1. Dezember 2008 01:56 - Von Stefan Schulz

SPD und Linke haben sich jetzt darauf geeinigt, 8400 sogenannte Gasreihenleuchten durch Elektrolaternen zu ersetzen. Die Energiefresser aus den 50er-Jahren sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre ausgetauscht werden.

Kostenpunkt: rund 25 Millionen Euro. Im Januar 2009 gibt es dazu eine Ausschreibung. Darauf haben sich die Regierungsparteien auf einer Klausurtagung der Arbeitskreise für Stadtentwicklung geeinigt. Damit beendete die Linke ihren Widerstand gegen den Austausch der Gaslaternen. Die 8400 Leuchten seien an insgesamt 343 Straßen platziert, unter anderem an der Leipziger Straße, aber auch in Neukölln.

Nicht betroffen sind die historischen Gaslaternen, die sogenannten "Bamag-U7-Gasaufsatzleuchten". Davon bleiben in den Kiezen noch etwa 30 000 Stück erhalten.

"Unser Ziel ist es, eine stadtbild- und naturverträgliche Lösung zu finden", sagte die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ellen Haußdörfer. Die alten Gasleuchten an Peitschenmasten verbrauchen in der Regel 51,7 Gigawatt. Bei gleicher Helligkeit benötigen elektrisch betriebene Leuchten nur 1,9 Gigawatt Strom. Nach Angaben eines Gutachtens könnte das Land Berlin nach der Umrüstung etwa 2,9 Millionen Euro pro Jahr einsparen. "Das ist natürlich aus energiepolitischer Sicht unschlagbar", so der SPD-Umweltexperte Daniel Buchholz.

Die Regierungsparteien haben sich auf ihrer Klausur auf weitere Kriterien der öffentlichen Straßenbeleuchtung verständigt. So soll in den nächsten zehn Jahren der technische Zustand der Straßenlaternen so verbessert werden, dass der Energieverbrauch um 30 bis 50 Prozent sinkt. Ziel sei es ferner, den Kohlendioxidausstoß in der gleichen Größenordnung abzusenken. Allein durch den jetzt geplanten Austausch der 8400 Gasleuchten soll es eine Einsparung von 9200 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr sein.

Die Koalitionäre haben sich ferner darauf geeinigt, den künftigen Betreiber der Straßenbeleuchtung zu verpflichten, bei Neu- und Ersatzbau alle Aspekte zu beachten: wirtschaftliche, stadtgestalterische, klimapolitische und energetische. Haußdörfer: "Außerdem wollen wir, dass das Land die Forschung und Entwicklung von technischen Verbesserungen der Gasbeleuchtung unterstützt, einschließlich Biogas und Solarkomponenten."

Derzeit betreibt die Nuon Stadtlicht GmbH die öffentliche Straßenbeleuchtung Berlins. Der Vertrag läuft Ende des Jahres aus, verlängert sich aber mit einer einmaligen Option bis 30. Juni 2009. Dann wird neu ausgeschrieben. Augenblicklich gibt es 176 000 Elektroleuchten und 44 000 Gasleuchten mit den unterschiedlichsten Typen.

Der Management-Vertrag ist nach Senatsauffassung und einer umfassenden Analyse die günstigste Variante zum Betrieb der Straßenbeleuchtung. Danach weise das Land Berlin im Vergleich die seit 2000 niedrigsten Kosten für öffentliche Beleuchtung aus, heißt es in einem internen Bericht. Für die öffentliche Beleuchtung gab Berlin in diesem Jahr bis Ende Oktober 8,7 Millionen Euro aus, für 2009 sind 12,9 Millionen Euro eingeplant.